WP-01-K1-626

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Nicolai Krybus (KV Münster)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 626 bis 629:
~~Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Das aktuelle System des Bund-Länder-Finanzausgleichs werden wir in seiner jetzigen Form beibehalten.~~

Es ist mittlerweile breiter ökonomischer Konsens, dass die Bonität - also die finanzielle Handlungsfähigkeit - eines Staates wie Deutschland nicht von der reinen Verschuldungsquote abhängt. Es ist die Sicherheit des Fortbestands unserer liberalen Demokratie, die Vertrauen schafft. Wir wollen diesen Luxus, dass wir in einem stabilen, reichen Land leben, nutzen und der Gesellschaft zugutekommen lassen. Mit einem modernen Staatsverständnis und einer aktiven Industriepolitik in eine neue, klimaneutrale und gerechte Zeit.

Begründung

Achtung: den erstetzen Teil würde ich aus redaktionellen Gründen an das Ende von Kapitel 2 - A - "Für ein gerechtes Steuersystem" verschieben - er erscheint mir dort angemessener als in diesem Kapitel was sich eher speziell an Deutschlandfonds und Schuldenbremse richtet.

Zum neuen Absatz: zugegeben, der hat etwas viel Pathos - vielleicht können da Leute, die besser schreiben als ich, da noch Ideen einbringen. Dennoch denke ich, dass es angemessen sein könnte, das Finanzierungskapitel mit grundsätzlichen Worten zu beenden, denn immerhin ist Geld nicht alles, aber (in der Politik) ohne Geld alles nichts - wie wir zuletzt ja live miterleben konnten. Dabei ist es angemessen immer wieder zu betonen, dass Finanzierbarkeit eine politische Entscheidung ist und nichts, was von ökonomischen Wetterlagen abhängt. Deutschland war der Goldstandard was Bonität angeht, schon lange bevor es die Schuldenbremse gab. Die USA haben zuletzt Bonität eingebüßt - aber nicht weil sie zu viel Geld ausgegeben hätten, sondern aufgrund der unkalkulierbaren Haushaltsdebatten mit drohenden Shutdowns jedes Jahr. Sämtliche Wirtschaftsverbände flehen Deutschland geradezu an, aktiver Investitionen voranzutreiben, mehrere Ratingagenturen haben bereits betont dass ausbleibende Investitionen Deutschlands Bonität **gefährden**. Wir sind doch die Partei, die sich als einzige an der Realität messen lassen will und konsequent selbst hinterfragt - also sollten wir auch offensiv mit einem modernen Politikverständnis ins Feld gehen und uns nicht auf alten Gewissheiten ausruhen. Es würde uns auch deutlicher unterscheidbar machen, denn aktuell traut sich das wirklich keine Partei.

weitere Antragsteller*innen

Jonas Hallekamp (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Annika Tiessen (KV Münster); Miriam Adomeit (KV Münster); Michael Rehder (KV Münster); Dominic Brauner (KV Münster); Alexander Gerwing (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg); Malte Lohmann (KV Hannover); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Holger Wenner (KV Warendorf); Manfred Wälz (KV Warendorf); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.